

A2K-Veranstaltung 28.09.2022, Rede Eleonore Bischoff

Eleonore Bischoff von der Wolfenbütteler AtomundKohleAusstiegsGruppe

Ich bin keine Geologin, aber Herr Zellmer, der Leiter des Geoparks ist einer und der hat schon mehrmals privat für uns Geologische Spaziergänge durch die Asse durchgeführt und uns z. B. die Erdfälle gezeigt.

Bei unserem Spaziergang im Juli letzten Jahres informierte wie folgt:

„Der geologische Untergrund enthält Salz- und Gipsgesteine, die durch Oberflächenwasser sehr gut löslich sind und so zur Auflösung neigen.

Dabei werden extrem gute Wegsamkeiten für Wasser geschaffen und in der Folge bilden sich Senken.

An der Oberflächenbeschaffenheit ist dies durch ein Längstal im Bereich des geplanten Zwischenlagers zu erkennen.

Umrahmt wird der Zwischenlagerbereich durch zwei gute Kluftwasserleiter. Austretende Flüssigkeiten (wie z.B. kontaminiertes Löschwasser in einem Brandfall, eindringender Starkregen bei Sturmereignissen etc.) würden zu einem erheblichen Teil unkontrolliert im Untergrund versickern und an anderen Stellen aus Quellen wieder austreten können.

Der gesamte Bereich liegt im intensiv gestörten Zentralbereich der Asse-Salzstruktur. Neben den Gefahren durch unterirdische Verwitterung und Auslaugung sind auch die Bewegungen durch Salzaufstieg und durch Senkungen im Bereich des Bergwerkes nicht abgeschlossen.

Deshalb ist mit Rissen und Brüchen im Bereich von Fundamenten und Grundplatten zu rechnen.

Sein Fazit: Der geplante Standort ist für ein Atommüll-Zwischenlager aus geologischer Sicht ungeeignet. Eine angemessene Risiko-Betrachtung ist bisher unverständlicherweise unterblieben.“ Soweit Herr Zellmer.

Der Geologe Prof. Carls aus Salzdahlum, der leider vor zwei Jahren verstorben ist, formulierte das schon vor Jahren so:

Es sei zwar Tradition, dass die Geologie der Asse nicht berücksichtigt wird, aber was man **in** der Asse nicht berücksichtigt hätte, müsse man doch jetzt wenigstens **auf** der Asse berücksichtigen.

Ja, vermeidbare Risiken dürfen nicht eingegangen werden, die Vergangenheit darf sich nicht wiederholt.

Übrigens hatten wir Herrn Zellmer auch für den sog. Beleuchtungsprozess vorgeschlagen. Auch die Vorsitzende des Ärzteverbandes IPPNW, Frau Claussen, die sich intensiv mit den gesundheitlichen Auswirkungen von Strahlenbelastung beschäftigt, haben wir vorgeschlagen,

Beide Vorschläge wurden von der Landrätin nicht angenommen.

Damit wären wir bei meinem heutigen zweiten Thema:

Erhöhte Krebsrate und das Phänomen der ungeborenen Mädchen:

2010 stellte das Niedersächsische Krebsregister auf Anfrage fest, dass es in der Samtgemeinde Asse

**3 x so viele Schilddrüsenkrebsfälle bei Frauen und
2 x so viele Leukämiefälle bei Männern gab.**

Die Zahlen beziehen sich auf die Jahre 2002 – 2009.

Für die Zeit davor gibt es keine Zahlen, da es in Niedersachsen noch kein Krebsregister gab.

Als Vergleichsregion wurde der übrige Landkreis Wolfenbüttel herangezogen, der insgesamt unter der Niedersächsischen Krebsrate liegt.

Ein beim Landkreis angesiedelter „Expertenkreis Asse“ unter der Leitung vom damaligen Landrat Röhmann fragte danach öffentlich nach, ob die erkrankten AnwohnerInnen auch in der Schachanlage Asse II beschäftigt waren. Da sich nur einer meldete bzw. noch melden konnte, stand im Abschlussbericht:

**„Ein Zusammenhang zwischen den in der Samtgemeinde Asse beobachteten
Krebshäufungen und einer Beschäftigung bei der Schachanlage Asse II kann nicht
gesehen werden.“**

Kommuniziert wurde allerdings, als ob es keinen Zusammenhang mit Asse II gäbe.

Selbst das Niedersächsische Krebsregister monierte damals:

Unbefriedigend bleibt, dass der Asse-Expertenkreis keine deutlichen Hinweise für die Ursache der Krebshäufung in der Samtgemeinde Asse finden konnte.

Trotzdem war die Angelegenheit für den Landkreis damit erledigt.

Interessant ist, dass auf der Karte im Abschlussbericht des „Expertenkreis Asse“, die Schachanlage gar nicht eingezeichnet wurde. So fiel dem Ortsunkundigen nicht auf, dass die an der Samtgemeindegrenze liegt.

Dabei macht Strahlung weder an Landes-, noch an Samtgemeindegrenzen halt.

Wir forderten immer wieder ein regelmäßiges Gesundheitsmonitoring für das Gebiet um die Schachanlage Asse II.

2016 ließ die Landrätin dann die Krebsstatistik für die Zeit von 2010 – 2014 vom Gesundheitsamt überprüfen – aber wieder nur für die – zu dem Zeitpunkt schon ehemalige – Samtgemeinde Asse, obwohl es mittlerweile möglich war, Gemeinde bezogene Daten auszuweisen, die in einen bestimmten Radius um Asse II liegen.

Dieses Mal wurde auch noch die Vergleichsregion geändert - jetzt war das nicht mehr der übrige Landkreis Wolfenbüttel, der unter dem Niedersachsen-Durchschnitt liegt,

sondern der Bezirk Braunschweig, der liegt über dem Niedersachsen-Durchschnitt, da es in dem Bezirk Braunschweig ja noch andere Belastungen gibt, wie z. B. Eckert und Ziegler in BS, Müllverbrennungsanlage in Helmstedt und andere Industrieanlagen.

Die höheren Zahlen aus der neuen Vergleichsregion, relativierte die Fallzahlen in der ehemaligen SG Asse.

Da waren die Leukämiefälle lt. Statistik für die ehemalige SG Asse dann „unauffällig“.

Aber es gab trotzdem noch dreimal so viele Schilddrüsenkrebsfälle bei Männern und doppelt so viele bei Frauen.

Nach ständigem Nachhaken wurde dann auf einer Kreistagssitzung berichtet, dass zukünftig die Krebsrate alle 5 Jahre für einen **Radius von 7,5 km** untersucht werden soll.

Allerdings sollten auch die Orte, die in diesem Radius noch gar nicht überprüft wurden, sollten erst bei der nächsten Untersuchung einbezogen werden.

Radius – also um und nicht ab Asse II - ist gut, aber wie kamen die 7,5 km zustande?

Das wurde von der Landrätin damit begründet, dass bei einem größeren Radius auch die Belastungen von anderen Standorten Einfluss auf die Krebsrate haben könnte.

Das trifft aber natürlich auch für das Gebiet der Vergleichsregion zu.

Da wurde bei der zweiten Auswertung ja der Bezirk Braunschweig gewählt, der die Standorte Gifhorn, Wolfsburg, Helmstedt, Peine, Braunschweig, Goslar, Northeim, Göttingen, Osterode und Wolfenbüttel umfasst und wie oben erwähnt auch andere Belastungen aufweist.

Auf einer Sitzung des Kreistages oder Umweltausschusses fragte ich die Landrätin dieses Jahr, wann die Auswertung für 2015 – 2019 vorliegen würde.

Sie antwortete, dass das Gesundheitsamt zu belastet wäre.

Bei der Kreistagssitzung am Montag fragte ich erneut, wies allerdings auch daraufhin, dass das Krebsregister für die Zahlen zuständig sei.

Da sagte die Landrätin, dass sie vor ein paar Wochen beim Krebsregister angefragt hätte. Es hätte geantwortet, dass die Zahlen noch nicht vorlägen.

Ich habe dann auf der Internetseite des Niedersächsischen Krebsregisters nachgesehen. Da wurde der Datenreport für 2019 offensichtlich am 13.1.22 auf die Internetseite gestellt. Eine Broschüre für das Jahr 2019 ist vom Dezember 2021. Also waren die Zahlen für die Jahre 2015 - 2019 schon im Dezember 2021 bekannt – also vor vielen Wochen.

Werden wir wohl nochmal nachhaken müssen.

Nach Atomunfällen wurden weniger Mädchen geboren.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg beauftragte deshalb Experten des Helmholtz-Institut dieses „Phänomen der ungeborenen Mädchen“ auch in der Umgebung des Castorlagers in Gorleben zu untersuchen.

Sie untersuchten auch andere Standorte – u. a. Remlingen und stellten auch dort weniger Mädchengeburten fest.

In dem schon erwähnten Abschlussbericht des „Expertenkreis Asse“ von 2010 stand dazu:

„Die ergänzenden Analysen der übrigen Gemeinden, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schachanlage befinden, bestätigen, dass es sich bei dem beobachteten Wert für Remlingen wohl um einen statistischen Ausreißer handelt, der nicht auf die Umgebung der Schachanlage Asse II verallgemeinert werden darf.“

Der Ärzteverband IPPNW kritisiert das Vorgehen damals in einer Pressemeldung vom 6.12.2010 mit der Überschrift

„Kein Zufall (also kein Ausreißer): IPPNW widerspricht der Bundesregierung“:
Während des Betriebs des Atommülllagers Asse sind dort in der Region neben den schon bekannten gehäuften Krebsfällen bei Erwachsenen nun auch deutlich zu wenig Mädchengeburten festgestellt worden. Dieses Ergebnis ist signifikant. Den Zufall als Ursache anzunehmen, erscheint extrem unwahrscheinlich.“

Offensichtlich bezogen sich die „ergänzenden Analysen“ des „Expertenkreises“ unter Landrat Röhmann wieder nur auf die Gemeinden der damaligen SG Asse,

denn Dr. Hagen Scherb vom Helmholtz-Instituts sagte auf einer Veranstaltung des Landkreises am 2.3.17, die auf unser Drängen hin stattfand, dass sie festgestellt hätten, dass neben Remlingen auch Vahlberg, Kneitlingen und Evessen betroffen sind.

Die drei letztgenannten liegen zwar nicht in der ehemaligen SG Asse, aber Groß Vahlberg liegt nur ca. 1 km Luftlinie von der Schachanlage Asse II entfernt und die vier Gemeinden Remlingen, Vahlberg, Kneitlingen und Evessen liegen direkt hintereinander in einer „Reihe“.

Das ist auf unserer Stellwand zu sehen.

Auf der Veranstaltung des Landkreises, schlug Herr Scherb vor, sich die **Geburtenzahlen in diesen vier Gemeinden vor Beginn der Einlagerung** anzusehen.

So könnte ein Zusammenhang mit Asse II nachgewiesen oder ausgeschlossen werden.

Da ist es schon mehr als unverständlich, dass lt. Landrätin daraufhin ein Auftrag ausgeschrieben wurde,

Geburtenzahlen – nicht für diese 4 Gemeinden – sondern aller Gemeinden im Umkreis von 30 km um die Schachanlage Asse II zu erheben.

Auf dieses Ausschreibung habe sich dann „leider“ niemand beworben.

Kein Wunder: Die Geburtenzahlen vor dem 4.4.67 müssten nach Geschlechter getrennt aufwendig händisch gezählt werden.

So war das Thema für sie vom Tisch.

Ich komme endlich zum Schluss:

Der Geschäftsführer der BGE sprach im Zusammenhang mit seiner Standortentscheidung für die neuen Atomanlagen von den Vorteilen, die nur unsere Region haben würde.

Dabei weiß, niemand, welche Regionen alle betroffen wären, wenn der Schlamassel drin bleiben und irgendwann das kontaminierte Wasser rausgedrückt würde.

Und wieso spricht er nicht über die Nachteile, die wir durch und seit der Einlagerung haben?

Das habe **ich** jetzt gemacht.

Das ist nicht unser Müll, das ist der Müll der Bundesregierung
- und Eigentum verpflichtet lt. Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz.

Auch bei diesem Thema geht es um das Wohl der zukünftigen Generationen.

Das wars erstmal,
an unserem Stand bzw. der Stellwand kann einiges nachgelesen werden.